



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2023

In Treptow wurde an 1775 Türen geklopft!



Das gemischte Team Berlin-Hamburg am 14. Januar, Wiederholung am 4./5. Februar?! (s. S. 4)

Foto David Stoop

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:

Samstag, 04.03.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:

stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Mitgliedertreffen	S. 2
Nachruf Manfred Schubert	S. 3
Berlin, Berlin, wir fahren ...	S. 4
PUA NSU und 3 Jahre Hanau	S. 5
Soli mit den Hagenbeck-Beschäftigten	S. 7
Wilhelmsburger:innen + SAGA	S. 8
Was los in Billstedt	S. 9
Vertreibung in St. Georg, Brennerstr.	S. 10
Veranstaltungen der LINKSfraktion	S. 12
Alsterufer + Billstedt (Roberto)	S. 13
Termine / Kontakt	S. 15

Einladung zum Mitgliedertreffen der Hamburger LINKEN

Am Sonntag, den 12. Februar 2023 von 13 bis 16 Uhr

im großen Theatersaal der Wiese eG, Wiesendamm 24 (nahe der U/S Barmbek)

Liebe Genossinnen und Genossen,

seid herzlich eingeladen zu einem landesweiten Mitgliedertreffen der Hamburger LINKEN, das von den Bezirksvorständen Mitte und Nord, der AG Frieden und Internationale Politik sowie der Linksjugend Solid organisiert wird.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung zur Lieferung von Leopard-Kampfpanzern wird weiter an der Eskalationsschraube gedreht. Das heißt, das Töten und die Zerstörungen in der Ukraine werden verschärft. Die „Qualitätsmedien“ haben sich verselbständigt in ihrem Versuch, den Eindruck zu erwecken, dass Krieg zu Frieden führe. Getrommelt wird in diesem Stellvertreterkrieg für einen „Siegfrieden“ gegen Russland und die „Zerstörung der Ukraine im Namen ihrer Rettung“ (Daniela Dahn). Verhandlungen, die einzig einen dauerhaften Waffenstillstand erbringen können, sind nicht in Sicht. Diese auf die politische Tagesordnung zu setzen ist Aufgabe der Friedensbewegung und der LINKEN - doch die Vorstände und Fraktionen der Partei tun sich sehr schwer damit.

Die Friedensfrage ist eng verbunden mit der sozialen Lage, und auch diese ist zunehmend angespannt: Große Unternehmen erzielen Rekordgewinne, während wir, die große Mehrheit, unter Kostensteigerungen und massivem Arbeitsplatzabbau in manchen Wirtschaftsbereichen, enormem Personalmangel in anderen Bereichen und Überlastung der Beschäftigten in allen Bereichen ächzen sollen.

Die GewinnerInnen sind dieselben Konzerne und EigentümerInnen, die auch am Krieg verdienen. Nach einem hierzulande wenig heißen Herbst (anders z.B. als in Frankreich, Großbritannien und Italien) müssen wir in der LINKEN unsere Strategie in der sich zuspitzenden Gesellschaftskrise klären: Sind es viele Krisen parallel oder eine Systemkrise des Kapitalismus? Vor diesem Hintergrund haben wir **David Stoop**, Bürger-schaftsabgeordneter und Mitglied der Bewegungslinken, sowie **Kristian Glaser**, aktiv u.a. im Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform, eingeladen, mit uns zu diskutieren - kontrovers, solidarisch, konstruktiv.

Sollen wir uns auf die Abfederung der sozialen Härten konzentrieren, oder benötigen wir tiefgreifende Reformen, welche die Eigentums- und Machtverhältnisse von Grund auf demokratisieren? Ist ein Anknüpfen an vorhandene Auffassungen in der Bevölkerung nötig, um politisch wirksamer zu werden, oder gilt es, diese in der und durch die Bewegung emanzipatorisch zu verändern und zu Protest, Widerstand und Organisation zu ermuntern? Müssen wir, um schlagkräftiger zu werden, die innerparteiliche Demokratie eher verschlanken oder ausbauen? Wie gelingt es uns, den Angriff Russlands auf die Ukraine zu kritisieren, ohne für die NATO vereinnahmt zu werden? Wie tragen wir zur Durchsetzung von Friedensverhandlungen bei und dem Ende von Menschenrechtsverletzungen, Sanktionen und Kriegen in der Ukraine wie überall auf der Welt? Wie schaffen wir Schwung für mehr kritische Bildung und Kultur, insgesamt mehr öffentliches und soziales Leben, demokratische Mitgestaltung, wider die nachwirkende Corona-„Eindämmung“ mit Netflix und Lieferdiensten?

Diese und weitere Fragen müssen wir stellen und beantworten, damit die LINKE aktiver und wirksamer wird. Diese Fragen gehen uns alle an, denn wir brauchen die Klugheit und das Engagement aller Genossinnen und Genossen, um wirksamer zu werden und die gesellschaftliche Not zu wenden: für Frieden, soziale Gerechtigkeit und weltweite Solidarität.

Wir freuen uns auf eine produktive Debatte und ambitionierte Impulse für unsere Partei!

„Wir setzen auf globale Kooperation und Solidarität statt auf das Recht des Stärkeren. Eine Welt unter dem Diktat eines allmächtigen globalen Kapitalismus ist keine erstrebenswerte Welt. Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen stehen.

Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.“

Aus der Präambel des Erfurter Programms unserer Partei DIE LINKE von 2011

Alexander Benthin

Trauer um Manfred Schubert



Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass unser lieber Genosse Manfred Schubert zum Jahresbeginn im Alter von 67 Jahren nach langer Krankheit gestorben ist.

Wilhelmsburg verliert damit einen engagierten langjährigen Stadtteilpolitiker, der für eine lebenswerte Elbinsel stritt und die Partei DIE LINKE einen Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Frieden!

Manfred lebte seit 1983 mit seiner Familie in Wilhelmsburg.

Er engagierte sich zuerst im Eltern-, Kreiselterrat

sowie im Schulverein und wurde ein überzeugter Verfechter der Forderung „Eine Schule für Alle“ bevor er Mitglied der Partei DIE GRÜNEN wurde und zunächst für diese und dann als fraktionsloses Mitglied von 1993 bis 1997 der Bezirksversammlung Harburg angehörte.

2008 wurde Manfred Mitglied der Partei DIE LINKE und war vorrangig in Wilhelmsburg aktiv, u.a. als langjähriger Sprecher der Stadtteilgruppe, als Mitglied und Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Regionalausschuss, im bezirklichen Ausschuss für Stadtnatur und Umwelt und zeitweise im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg. Wenn es um Umweltzerstörung ging, kannte Manfred keine Kompromisse und konnte auch mal laut und ungemütlich werden. Denn er kämpfte leidenschaftlich gegen die Zerstörung der Umwelt, wie zum Beispiel die Vernichtung von Biotopen und Kleingärten, Baumfällungen oder die Planung der A26 durch Wilhelmsburg. Außerdem galt sein Engagement einer sozialökologischen Wohnungs- und Verkehrspolitik auf der Elbinsel.

Nicht unerwähnt bleiben darf seine Mitgliedschaft im Kinderschutzbund und die Organisation von Kinderfesten in Kirchdorf Süd.

Sein unermüdliches Engagement, sein großes Fachwissen und seine herzliche Art werden uns schmerzlich fehlen.

Die Stadtteilgruppe DIE LINKE
Wilhelmsburg/Veddel

Seniorenpolitischer Brunch mit Deniz Celik



Blick in den Saal, Foto: Reinhard Schwandt

Für Dienstag, 24.01.2023, hatte Deniz die Seniorenbeiräte und die Seniorendelegierten aber auch aktive SeniorInnen aus den Gewerkschaften und unserer LAG SeniorInnenpolitik zum Brunch in den Bürgersaal im Rathaus geladen. Ungefähr

fünzig Menschen waren der Einladung gefolgt und diskutierten intensiv die aktuellen Probleme der Generation 60+, von Altersarmut über Energiepreise und Inflation bis zum HVV und der Zwangsdigitalisierung der Gesellschaft. Es ist gut, dass Deniz, obwohl er vor allem Fachsprecher für Inneres und Gesundheit ist, sich auf Bitten der LAG die Zeit genommen hat, auch diesen „Nebenschauplatz“ zu bespielen. Die LINKE hat schließlich einiges zur Lösung der Probleme der Älteren beizutragen und darf dieses Feld nicht der SPD überlassen. Die hat nämlich eine Fachsprecherin ausschließlich für SeniorInnenpolitik, die sich entsprechend in Szene setzen kann.

Ein wichtiges Thema für die SeniorInnenpolitik wird in den nächsten Monaten das neue Wohngeld sein. Da gilt es Informationsarbeit zu leisten und die Älteren darauf hinzuweisen, dass sie evtl. nunmehr Anspruch auf Wohngeld haben und sie dabei zu unterstützen, den auch geltend zu machen. –besel, St. Georg

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

Berlin wählt erneut. Auf Grund der „schwierigen Situation“ (Bundestags-, Abgeordnetenhaus-, Bezirksverordnetenversammlungswahl, Volksentscheid zur Enteignung und vor allem (!) Berlinmarathon am selben Tag), die für die Berliner Behörden natürlich absolut unvorhersehbar war, ging einiges gehörig schief. Und so geht es am 12. Februar wieder zur Sache.

In dieser Situation haben uns die Berliner Genoss*innen um Unterstützung gebeten. Und so brachen wir am 14. Januar viel zu früh am Morgen zu zehnt vom Hauptbahnhof aus auf. Schon im Vorfeld war einiges schiefgelaufen. So hatte fast die Hälfte der unsrigen krank abgesagt. Einer meldete sich zehn Minuten vor Abfahrt mit den Worten „wird eine ganz knappe Kiste bei mir“ und bat darum, dass sich jemand für ihn in die Zugtür stellen möge. Schließlich jedoch schafften es alle hinein. Und einen der durch die Erkrankten freigewordenen Plätze bekamen wir durch das beherzte Einspringen eines jungen Genossen spontan doch noch besetzt. Im Bordbistro kamen einige mit dem zufällig anwesenden Dietmar Bartsch ins Gespräch, der Rest verschlang sämtlichen mitgebrachten Proviant innerhalb der ersten fünfundzwanzig Minuten.

In Berlin angekommen teilten wir uns auf, unter anderem in Friedrichshain, Lichtenberg und Trepow wurden Haustürgespräche geführt, Wahlbrochüren gesteckt und Kontakte zu den Berliner*innen geknüpft. In Friedrichshain fanden die Haustürgespräche im Plattenbau statt (laut unseren Gastgebern „eine echte Premiumplatte!“). Zwei Dinge kamen fast überall zur Sprache: Die Bewohner*innen ärgerten sich über die Wahlwiederholung und forderten eine Verhandlungslösung für den Krieg in der Ukraine. Dazu kam eine bunte Mischung an anderen Sorgen. So war ein Bewohner aufgebracht ob der Verwendung von Jugendsprache durch einen jungen Genossen („das ist weder cool noch krass, sondern höchstens erstaunlich!“). Ein anderer wollte „nur noch weg aus der Verbrecherhauptstadt Berlin“, er wähle nur noch rechts. Dann begann er, die Nationalitäten von Verbrecherclans aufzuzählen. Ein letzter wiederum fand den Besuch unnötig, denn „ich wähle euch sowieso schon und jetzt hast du mich ganz umsonst aufgeweckt“. Alles in allem war es eine spannende Erfahrung mit erstaunlich

viel Zuspruch durch die Besuchten. Schön war es auch, die Solidarität aus dem ganzen Land zu sehen, sogar aus München hatte es einer bis nach Friedrichshain geschafft. Nur der Frauenanteil war am Vormittag mit Null Prozent doch ein wenig niedrig.



Am nächsten Morgen, dem 15. Januar, war ein guter Teil der Hamburger*innen bei der „Gedenkstätte der Sozialisten“. Da wir ohne gekommen waren, schenkte uns eine alte Dame eine von ihren Nelken.

Alles in allem war es ein erfolgreicher, lehrreicher, erfreulicher und (für Berlin erstaunlich) gut organisierter Ausflug. **Für den Endspurt, vor allem das Wochenende am 4. und 5. Februar**, können die Genoss*innen sicherlich noch alle Hilfe gebrauchen!

Also meldet euch für die Organisation möglichst schnell unter

patrickwalkowiak@googlemail.com.

NSU-Untersuchungsausschuss jetzt!

Die Grünen hatten zum Neujahrsempfang eingeladen - und das Hamburger Bündnis gegen Rechts kam, wenn auch nicht ins Rathaus, sondern zu einer kleinen Kundgebung davor. Es ging darum, die Grünen an ihren über ein Jahr alten Beschluss zu einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zu rechten Netzwerken



Mahnwache für die Opfer des NSU

in Hamburg zu erinnern. Geschehen ist nämlich auf grüner Seite nichts außer zwei eher kleinen Veranstaltungen. Zumindest auf der zweiten waren sie mit kräftiger Kritik an ihrer bisherigen Verweigerung konfrontiert und der Forderung nach

3 Jahre Hanau – Kein Vergeben, kein Vergessen

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Das sind die Namen der neun Menschen, die am 19.2.2020 aus rechtsextremen bzw. rassistischen Motiven erschossen wurden.

Was geschah?

In einer Shisha-Bar und einem nahegelegenen Kiosk erschoss ein Rechtsextremer innerhalb von zwölf Minuten neun Menschen, allesamt mit Migrationsgeschichte. Dazu wurden fünf weitere Personen durch Schüsse verletzt. Erst fünf Stunden später drang ein Spezialkommando der Polizei in die Wohnung des Täters ein, wo er und seine Mutter tot vorgefunden wurden. Es kam zu massiven Fehlern und Versäumnissen der Sicherheitsbehörden während der Fahndung. Zudem war der polizeiliche Notruf während der Tat nicht

einem PUA, der sich auch mit rechten Netzwerken, vor allem aber auch ausdrücklich dem NSU-Komplex in Hamburg befasst. Diese Forderung erhob das HBgR in dem Flugblatt, das den Gästen des grünen Neujahrsempfangs in die Hand gedrückt wurde.

Die Linksfraktion hat inzwischen einen Antrag auf ein Löschmoratorium eingebracht, um zu verhindern, dass noch mehr NSU-relevante Akten und Dokumente geschreddert werden. Denn in den vergangenen Jahren wurde bereits heftig geschreddert. Jede weitere Vernichtung von Datenbeständen würde die immer noch ausstehende Aufarbeitung des NSU-Komplexes verhindern und die notwendige parlamentarische Aufklärung sabotieren. Denn darum geht's: Die LINKE will endlich einen Untersuchungsausschuss!

Christiane Schneider (auch Foto)

PS: Der amtierende Bezirksvorstand ist mit der erklärten Absicht angetreten, in Hamburg-Mitte Aktivitäten zur Installation eines NSU-Untersuchungsausschusses zu entwickeln. Eigene Aktivitäten hat er nicht entwickelt, auf den Vorschlag einer Veranstaltung hat er nicht reagiert, und an Aktivitäten in Mitte beteiligt er sich nicht. Das ist eine politische Bankrotterklärung.

erreichbar. Ein Anruf wurde erst entgegengenommen, als das neunte Opfer bereits tot war. Probleme mit dem Notruf waren aufgrund zahlreicher Beschwerden bereits seit 2003 bekannt. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens dazu wurde 2021 abgelehnt.

Die Medien berichteten von „Schießereien“ und insbesondere die BILD-Zeitung spekulierte über eine Tat im kriminellen Milieu, provoziert durch Schutzgelderpressung, Drogengeschäfte oder Geldwäsche.

Warum ist das so schlimm?

Die Tatsache, dass neun Menschen in Deutschland erschossen wurde, ist tragisch. Dass diese Menschen aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft zur Zielscheibe wurden und deswegen ihr Leben lassen mussten, macht wütend. Allerdings stimmen mich Aspekte dieser Tat auch nach drei Jahren besonders nachdenklich.

Erstens zeigt das Beispiel der BILD-Berichterstattung klare Anzeichen von „Othering“ oder Alterisierung. Man grenzt die Gruppe, der man sich zugehörig fühlt (deutsch, nicht-kriminell, friedlich) von einer anderen Gruppe ab, indem man sie als fremd oder andersartig klassifiziert und stereotypisiert (migrantisch, kriminell, gewaltsam). Durch die Betonung des „Anderen“ erschafft man den Nährboden für Ideologien, die sich daraus speisen, zum Beispiel Rassismus. Dass die BILD nicht davor zurückschreckt oder ihre Berichterstattung hinterfragt, dürfte uns allen klar sein. Dennoch sollte uns das als Anlass dienen, unsere eigenen Denkmuster kritisch zu betrachten.

Als zweiten Aspekt möchte ich hervorheben, dass der Tatort nicht zufällig ausgewählt wurde. Ohne pauschalisieren zu wollen, finden sich in Shisha-Bars häufig migrantische Jugendliche und junge Erwachsenen zusammen. Dadurch grenzt man sich von der „Mehrheitsgesellschaft“ ab, indem man einen Rückzugsort entwickelt, in dem man nicht aufgrund der (zugeschriebenen) Herkunft oder des Habitus verurteilt, beziehungsweise nicht akzeptiert wird. Während des Atten-

tats von Hanau wurde genau dieser Raum angegriffen. Oder um es nochmal auf den Punkt zu bringen: Menschen wurden in einer Shisha-Bar erschossen, weil sie vermeintlich als „anders“ klassifiziert wurden, wobei sie sich dort trafen, weil sie sich anderswo nicht willkommen fühlten.

Workshop zu Hanau und antirassistischer Arbeit

Da bei vielen von uns der Rede- und Bildungsbedarf auch nach drei Jahren hoch ist, lädt Linksaktiv Hamburg-Mitte am 1.2.2023 um 19 Uhr zu einem Workshop mit Dîlan von der Bildungsinitiative *Ferhat Unvar* im **Viertelzimmer (Rosenallee 11, 4. OG)** ein. Wir sprechen über die Versäumnisse der Behörden, die Rolle der Presse und Polizei und über die Bildungsinitiative. Anschließend ziehen wir Schlüsse für unsere politische, antirassistische Arbeit und besprechen unsere Demobeteiligung am 18. und 19. Februar. Für Snacks ist gesorgt, Getränke gibt es gegen Spende. Das Angebot richtet sich vor allem an junge Genoss:innen und/oder Genoss:innen mit Migrationsgeschichte.

Patrick Walkowiak, BO St. Pauli

LINKSAKTIV HAMBURG-MITTE

3 JAHRE HANAU

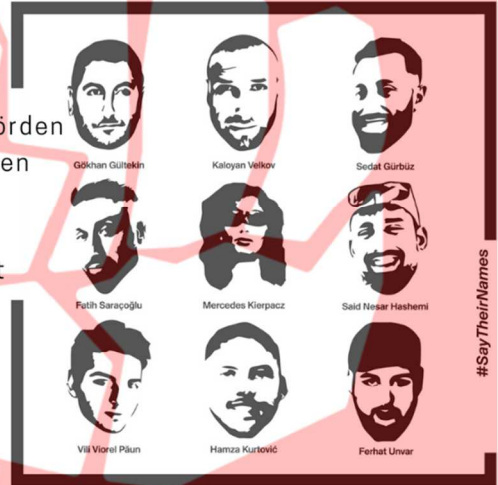
WORKSHOP

- Was ist passiert?
- Versäumnisse der Behörden
- Forderungen der Familien
- Rolle der Presse
- Bildungsinitiative
- Antirassistische Arbeit

DÎLAN VON DER BILDUNGSINITIATIVE FERHAT UNVAR

1.2.2023

VIERTELZIMMER ROSENALLEE 11 4. OG UM 19 UHR



DREI JAHRE NACH HANAU



KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN - GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS!

DEMONSTRATION ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER DER RASSISTISCHEN MORDE VON HANAU UND GEGEN DEN RECHTEN TERROR!

19. FEBRUAR WILLHELMSBURGER PLATZ (S-BAHN VEDDEL) 13:00 UHR

Hagenbeck – Tiere, Spaß, Ausbeutung



Der Tierpark Hagenbeck gehört zu den bekanntesten Attraktionen Hamburgs. Der Tierpark rühmte sich lange Zeit als einzigen Großzoo Deutschlands in privater Hand, der ohne direkte Zuwendungen aus öffentlicher Hand auskommt. Dieses Bild eines kaufmännisch verantwortungsvollen Tierparks begann jedoch spätestens zu bröckeln, als die Gewerkschaft IG BAU anfang, einen Tarifvertrag für die Beschäftigten in Hagenbecks Tierpark anzustreben. Als dies bekannt wurde, fing die Geschäftsführung an sich von einer stark gewerkschaftsfeindlichen Seite zu zeigen. Bereits im April letzten Jahres stellte Geschäftsführer Dirk Albrecht klar, dass er "keinen Verhandlungsspielraum sehe". Die Beschäftigten reden von einem Klima in Angst.

Diese Verhältnisse kritisieren wir als LINKE stark. Seitdem die Umstände bekannt wurden, fanden 33 arbeitsrechtliche Verfahren statt, die wir teils vor Ort mit begleiteten, so auch am Dienstag, 17.1.23, als wir mit einer Gruppe von 7 Leuten anwesend waren, als verschiedene Rechtsauffassungen beider Parteien diskutiert wurden. Wir solidarisieren uns mit den Beschäftigten von Hagenbecks Tierpark, vor allem mit denen, die aufgrund von gewerkschaftlicher Arbeit Repressionen durch die Geschäftsleitung erfahren müssen. Zum Thema gab es im November letzten Jahres eine schriftliche kleine Anfrage von den Abgeordneten der Linksfraktion David Stoop & Stephan Jersch an den Senat.

Das ist nicht der einzige Fleck auf Hagenbecks „weißer“ Weste: vom Ende des 19. Jahrhunderts bis ca. 1930 fanden in Hagenbecks Tierpark sogenannte „Völkerschauen“ statt. Das sind im Grunde nichts Anderes als rassistische Menschenzoos, die daraus bestanden Menschen aus Afrika & Asien nach Hamburg zu bringen & sie hier wie Sklaven zu zwingen z. B. den ganzen Tag halbnackt zu tanzen. Diese Menschen wurden dann unter anderem als „Kannibalen“ dargestellt. Eine Aufarbeitung dieser Gräueltaten hatte Hagenbecks Tierpark zwar vor ca. 2 Jahren angekündigt, aber nie durchgeführt. Wird die Hagenbeck Familie heute mit dem Thema konfrontiert, wird lieber geschwiegen & abgeblockt, anstatt sich zu äußern.

Zum Schluss bleibt nur weiterhin an der Sache dran zu bleiben. Wir werden weiterhin an Prozesstagen als Linke Präsenz zeigen, Anfragen stellen & anderweitig Druck machen. Unsere Solidarität gilt den Nachfahren der Opfer des Kolonialismus in Hagenbecks Tierpark & überall, den Beschäftigten im Hagenbecks Tierpark, und schlussendlich auch den über 14.300 Tieren, die an der Situation in gewisser Weise mitleiden. Sie sollten wissen, dass sie nicht allein sind.

Tom, Praktikant bei der Linksfraktion
Foto: Fraktion

Machen wir weiter Druck auf die SAGA

Am 16.1.23 hat DIE LINKE aus Wilhelmsburg 100 Unterschriften für einen Brief an die SAGA übergeben, in dem die MieterInnen die Befürchtung ausdrücken, dass sie durch die Steigerung der Mietnebenkosten an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit stoßen.

In zwei Artikeln im „Neuen Ruf“ und im Wilhelmsburger Inselrundblick (siehe unten) wurde hierüber berichtet. (*Glückliches Wilhelmsburg, wo es noch eine für uns erreichbare Presse gibt! –red*)

Damit folgt die BO Wilhelmsburg/Veddel der BO Billstedt, die im November schon eine ähnliche Aktion durchgeführt hatte (siehe Mittemang 12/22):



v.l.n.r.: David, Wolfgang, Rainer, Renate, Ronald, Heiner, Sven-Friedrich

Artikel aus dem Wilhelmsburger Inselrundblick (von Marianne Groß)

Drastische Erhöhung der Mietnebenkosten auch bei der SAGA!

100 Unterschriften von Wilhelmsburger Mieter:innen an die SAGA übergeben

„Zuerst waren sie erstaunt, dann schilderten sie uns ihre Situation“, erzählt Rainer Benecke. Er hat zusammen mit Friedrich Wiese, Ronald Wilken und Heiner Westphely Unterschriften für einen sozial verträglichen Umgang der SAGA mit den Mieter:innen gesammelt. Einige Mieter:innen haben einen Nachzahlungsbescheid über 700 Euro erhalten. Ein Mieter: „Das bringt mich um.“ Die Angst ist groß.

Da wollte Heiner Westphely, SAGA-Mieter in der Leipeltstraße, nicht untätig bleiben. Er trat 2022 in die Partei „DIE LINKE“ ein, um etwas zu bewegen. Sein Motto: „Wer etwas unternimmt, kann dabei verlieren, wer nichts unternimmt, hat schon verloren.“ Er wolle nicht immer nur reden und meckern, sondern etwas tun. Und so setzte er sich mit anderen Mieter:innen zusammen und entwarf vor Weihnachten 2022 einen Brief an die SAGA, der von den Mieter:innen unterschrieben wurde. Es sollte ein Zeichen sein und die anvisierten 100 Unterschriften kamen schnell zusammen.

Und der „Neue RUF“:

„Es gibt eine große Angst bei den Menschen!“

Linke übergibt Unterschriften an SAGA

■ (au) Wilhelmsburg. Rund 100 Unterschriften hat eine Gruppe von Wilhelmsburger SAGA-Mietern mit Unterstützung der Partei Die LINKE. aus Wilhelmsburg in den vergangenen Wochen in Wilhelmsburg gesammelt und Mitte Januar an die

Mieter:innen haben Angst um ihre Wohnungen

Die Mieter:innen erwarten, dass die SAGA die Nachzahlungen auf die Betriebskosten für ihre Wohnungen nicht auf einmal abbucht, sondern die notwendigen Zahlungen in individuellen Raten gestaltet. Auf Mieterhöhungen soll die SAGA vorerst verzichten. Unternehmensgewinne sollen den Mieter:innen zugutekommen und nicht an den Haushalt der Hamburgischen Bürgerschaft abgeführt werden. DIE LINKE verweist darauf, dass es bundesweit in kommunalen Wohnungsunternehmen sogenannte „Mieterbeiräte“ gibt. Dort arbeiten Mieter:innen gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen für einen konstruktiven Umgang miteinander. Das soll auch in Hamburg eingerichtet werden.

Der Vorstandsvorsitzende der SAGA, Thomas Krebs, hat bereits zugestanden, dass keine Wohnungskündigungen bei Menschen, die in Not geraten sind, erfolgen sollen.

Die Mappe mit den Unterschriften wurde am 16. Januar 2023 in der SAGA-Geschäftsstelle am Berta-Kröger-Platz übergeben.

SAGA in Wilhelmsburg übergeben. Grund für die Unterschriften: Explodierende Energiepreise, massive Erhöhung der Betriebskosten, gleichzeitige Erhöhung der Mieten. Das sprengt bei vielen Menschen in den Mietwohnungen der SAGA –

auch hier in Wilhelmsburg – die finanziellen Möglichkeiten, heißt es in einem Schreiben von Heiner Westphely, der die Unterschriftenaktion initiiert hat. „Es gibt eine große Angst bei den Menschen“, so Westphely, der mehrere Jahre lang das Pflegeheim von Pflegen und Wohnen in der Hermann-Westphal-Straße geleitet hat und bereits seit 22 Jahren auf der Elbinsel lebt. „Als wir die Unterschriften gesammelt haben, kam es zu sehr interessanten ‚Haustürgesprächen‘ und zu starker Zustimmung“, so Westphely weiter.

Mit dem Schreiben wolle man unter anderem verdeutlichen, wie sehr die Menschen unter den momentanen Belastungen litten und man an die Grenzen der finanziellen Belastungen stoße. Deswegen fordern die Unterschriftensammler, dass „umgehend (!)“ etwas geschehen muss, denn die Belastungen sind bereits angekommen und werden zukünftig nicht geringer werden. Wir sind überzeugt, dass die SAGA als städtisches Unternehmen mit etlichen Maßnahmen kurzfristig handeln kann und sollte, damit gar nicht erst ver-

meidbare schmerzhaft Folgen für uns entstehen!“

So sollte von der SAGA die Nachzahlungen auf die Betriebskosten der Wohnungen nicht auf einmal von den Konten abgebucht werden, da viele das finanziell nicht stemmen könnten; notwendige Ratenzahlungen individuell gestalten und an die finanziellen Möglichkeiten der Mieter anpassen; die Gewinne, die von der SAGA an den Haushalt der Hamburgischen Bürgerschaft abgeführt werden, angesichts der aktuellen Situation für die Mieter verwenden; auf Mieterhöhungen momentan verzichten und bei Mietern, die unverschuldet in Zahlungsverzug geraten sind, auf die Kündigung verzichten und nach einer möglichen Lösung suchen. Zumindest Kündigungen wegen Notlagen brauchen SAGA-Mieter vorerst nicht befürchten. Bereits im September 2022 hatte Thomas Krebs, Chef der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft SAGA, in einem Interview im Hamburger Abendblatt geäußert, dass es bis Ende 2023 keine geben werde.

Veranstaltungen in Billstedt



Eintopf - Gespräche - Unterstützung

DIE LINKE SCHENKT EIN!

Überall steigen die Preise. Egal ob Lebensmittel, Energie oder Mieten: Es reicht! Wir wollen Euch einladen. Lasst uns bei einem warmen Essen über all die Probleme sprechen, die uns aktuell das Leben schwer machen. Und wir bieten Euch bei Interesse eine Sozialberatung überall dort an, wo es hakt. Zum Beispiel bei Anträgen rund um Arbeitslosengeld (ALG), Wohngeld oder BAföG.

Ihr seid herzlich eingeladen!
Und nehmt gerne Familie und Freund:innen mit!

**Ihr findet uns am 27. Februar
um 19:00 Uhr
AWO Seniorentreff
Billstedt Center
Lorenzenweg 2, 22111 Hamburg**

DIE LINKE.

Trotz Sozialer Erhaltungsverordnung: Die Verdrängung hält an Nun droht auch noch ein Hausabriss wegen zu geringer Mieten

Von Michael Joho, Vorsitzender des Einwohnervers eins St. Georg von 1987 e.V.

Seit Ende der drogenpolitisch bewegten 1990er Jahre zeichnet sich St. Georg bekanntlich durch eine anhaltende Gentrifizierung aus, die vom Senat und Bezirk Hamburg-Mitte gewünscht und über zwei Jahrzehnte fleißig befördert wurde. (Siehe dazu den schon etwas älteren, im Kern aber immer noch zutreffenden Artikel „St. Georg: Soziale Verdrängung als Leitmotiv“ auf der Website der GW St. Georg: <https://gw-stgeorg.de/> unter Medien/Texte.)



Beispielhaft sei dafür die Soziale Erhaltungsverordnung (SozErhaltVO) angeführt. Bereits 1999 hatte der Stadtteilbeirat auf Initiative des alternativen Einwohnervers eins eine solche eingefordert. Und tatsächlich wurde sie zur Zeit des Stadtentwicklungssenators Willfried Maier (GAL) auch auf den Weg gebracht. Das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten des Büros ARGE Kirchhoff/Jacobs stellte im Mai 2002 fest, dass „eine schützenswerte Zusammensetzung der Bevölkerung und ein hoher Veränderungsdruck in Richtung auf eine zahlungskräftige Nachfrage gegeben“ seien. Wir hatten damals schon gejubelt, die Einführung einer SozErhaltVO stand unmittelbar bevor. Doch eine Umsetzung scheiterte an der

Bezirkskoalition aus SPD und CDU, die – so etwa deren Vorstellung – den Sumpf des Hauptbahnhofviertels durch Aufwertung, Aufschickung und Verdrängung austrocknen wollten. Ganz so wie im historischen Gängeviertel vor einem Jahrhundert. Die Ablehnung durch die Mitte-Fraktionen erfolgte am 26. November 2002. Anschließend kam die Gentrifizierung in Fahrt, rund 500 bis 600 günstige Miet- wurden in teilweise edel sanierte Eigentumswohnungen umgewandelt. Zehn Jahre gab es einen enormen Bevölkerungswandel, weniger Betuchte zogen weg, besser Situierte in signifikanter Größenordnung zu. Erst zum 15. Februar 2012 wurde eine SozErhaltVO und auch nur für Teile St. Georgs erlassen. Der Jubel fiel nun nicht mehr so groß aus, für das zuständige bezirkliche Fachamt gab es auf einer Beiratssitzung keine Sektflasche, sondern nur einen Piccolo.

Warum es uns so wichtig war, eine solche Verordnung durchzusetzen, ergibt sich vor allem aus ihrer Zweckbestimmung, so wie sie auf der Website der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen beschrieben wird: „Aufwändige Modernisierungen, der Abriss von Gebäuden, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und spekulative Verkäufe kompletter Wohngebäude bedrohen die in diesen Stadtteilen ansässige, auf ihr Quartier angewiesene Wohnbevölkerung. Ziel der Sozialen Erhaltungsverordnungen ist es, Verdrängungseffekten in diesen Stadtteilen entgegenzuwirken und weitere Verluste von noch verbliebenem günstigem Wohnraum einzudämmen, um die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in diesen Quartieren zu erhalten und nachteilige städtebauliche Auswirkungen zu vermeiden. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen sind von Verdrängung in andere Gebiete bedroht“ (<https://www.hamburg.de/soziale-erhaltungsverordnungen/>).

Zunächst schien die SozErhaltVO für St. Georg erfolgversprechend, denn waren es in den Jahren vor 2012 etwa 500 bis 600 Umwandlungen, reduzierte sich diese Zahl im Zeitraum 2012 bis 2020 auf lediglich 37 Wohneinheiten. Doch schnell schalteten die Spekulanten und Wohnungsprofiteure um. Und wir erleben in jüngster Vergangenheit eine Beschleunigung der Gentrifizierung auf Kosten der noch verbliebenen MieterInnen und inhabergeführten Läden. Alleine in 2021 wurden 35 Wohnungen umgewandelt. Hier ein paar weitere Beispiele:

- Die allzu offensichtliche „warme Sanierung“ eines Wohnhauses in der Langen Reihe im März 2005 und der anschließende Abriss und Neubau von lukrativeren Eigentumswohnungen, abgesegnet durch den Bezirk, machte deutlich, mit welch harten Bandagen die Verdrängung durchgesetzt wird.
- Einige Jahre später bewegte das Schicksal der Hausgemeinschaft in der Danziger Str. 44 die örtlichen Gemüter, dort wurde von Eigentümerseite mit *allen* Mitteln versucht, die MieterInnen rauszuekeln, wenn die Wohnungen im Gebiet mit einer SozErhaltVO schon nicht umgewandelt werden konnten.
- Die energetische (Luxus-) Sanierung in der Greifswalder Str. 62-68 führte 2017 zur Verdopplung der Mieten, 200 bis 400 Euro mehr konnten viele nicht zahlen und zogen notgedrungen weg.
- Der unterbesetzte, mangelhafte Wohnraumschutz konnte nicht verhindern – und hat auch nur im absoluten Ausnahmefall entsprechende Vergehen geahndet – dass illegale Leerstände und Ferienwohnungen, als Büros oder Hotelzimmer zweckentfremdete Wohnungen und neuerdings „möblierte“ Miniapartements an der Tagesordnung sind. Nehmen wir nur das letzte Stichwort: Die Firma Aukando hat vor wenigen Jahren in der Bremer Reihe erstmals (?) eine 100 qm-Wohnung in sieben Miniapartements zerlegt und zum Preis von 56 €/qm vermietet.
- St. Georg hat sich seit Mitte der 1990er Jahre von einem der drei Stadtteile mit dem höchsten Anteil an SozialhilfeempfängerInnen zum siebtteuersten mit 20,37 €/qm Angebotsmieten gewandelt (Angabe laut wohnungsboerse.net vom Januar 2023).
- Anders als vom Senat gebetsmühlenartig propagiert wird der „Drittmix“ verfehlt, zwischen 2011 und 2020 sind in St. Georg gerade mal 190 Sozialwohnungen gebaut worden (= 19,25 % des gesamten Neubausvolumens)
- Gentrifizierung trifft aufgrund des völlig fehlenden Mieterschutzes nicht zuletzt auch die kleinen Gewerbetreibenden. Die Verdreifachung der Miete und der Kampf um den Erhalt des Buchladens Wohlers machte vor gut zehn Jahren bundesweit Furore. Erst vor wenigen Monaten sind vier alteingesessene Geschäfte in der Danziger Straße 47/51 einfach mal gekündigt worden.



Brennerstraße 80/82 Foto: MJ

Und jetzt also auch noch der drohende Abriss des Wohnhauses Brennerstraße 80/82. Betroffen sind hier sieben Mietparteien überwiegend im höheren Alter und mit wenig Einkommen. Jahrzehntlang ist nach Angaben der MieterInnen keine Instandhaltung vorgenommen worden, jetzt drohen ein Abriss wegen „wirtschaftlicher Unzumutbarkeit“ und eine so genannte „Verwertungskündigung“. Einfacher gesagt: Weil die Mieten niedrig sind, der Standard der Wohnungen gering und der Zustand des Hauses als sanierungsbedürftig anzusehen ist, soll den Menschen einfach das Dach überm Kopf weggerissen werden, obwohl die SozErhaltVO ja gerade den Abriss günstigen Wohnraumes verhindern soll. Der Bezirk argumentiert, er *müsse* die Abrissgenehmigung erteilen, weil eine Sanierung zu teuer käme und dem Eigentümer der Erhalt des Hauses „wirtschaftlich nicht zumutbar“ sei – den MieterInnen aber wird alles zugemutet, vom Rauswurf nach Jahrzehnten, dem Verlust ihrer St. Georger Heimat bis hin zur drohenden Obdachlosigkeit.



Blick in den Saal bei der Podiumsdiskussion, Foto: MT

Der Kampf um den Erhalt des Hauses Brennerstraße 80/82 ist entbrannt, spät zwar, aber er ist noch nicht verloren. Auf einer mit fast 50 Personen recht gut besuchten Veranstaltung des Einwohnervereins am 23. Januar nahmen Sonja Lattwesen (GRÜNE, MdHB), Dr. Anke Frieling (CDU, MdHB), Heike Sudmann (LINKE, MdHB) und Oliver Sträter (SPD-Fraktionsvorsitzender in der BV Mitte) Stellung. Sträter machte einige Andeutungen, sprach von einem möglichen Gespräch mit dem Eigentümer, von einer Prüfung durch den Wohnraumschutz und einem Sozialplan. Was davon zu halten ist, wird sich erst in den kommenden Tagen zeigen – und ist angesichts der Ankündigung, der Bezirk würde die Abrissgenehmigung am 30. Januar erteilen, auch recht fragwürdig. Heike Sudmann war gut vorbereitet, nicht zuletzt durch inzwischen vier Kleine Anfragen an den Senat, allesamt unter der Überschrift „Neue Verdrängungswelle in St. Georg“.

Eine Konsequenz: Wir brauchen eine gesetzlich geregelte Instandhaltungspauschale und damit die Möglichkeit, EigentümerInnen ggfs. auch un-

ter Druck zu setzen, Wohnraum zu pflegen. Der Bezirk muss sich nun strecken und alles für den Erhalt des Hauses und damit günstigen Wohnraumes tun. Warum die Abrissgenehmigung einfach nicht erteilen?! Soll der Eigentümer doch klagen – und dann erklären, warum er offenbar über drei Jahrzehnte keine oder nur sehr wenige Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt hat. Einige, inzwischen sicher zu erweiternde Forderungen hat der Stadtteilbeirat St. Georg auf seiner Sitzung am 30. November 2022 erhoben:

1. Der Stadtteilbeirat St. Georg spricht sich gegen den Abriss des Wohngebäudes in der Brennerstraße 80/82 und damit gleichzeitig gegen den Wegfall günstigen Wohnraums in St. Georg aus und verweist dabei insbesondere auf die hier gültige Soziale Erhaltungsverordnung, die gerade dem Schutz der bestehenden Bevölkerungsmischung dienen soll.
2. Der Stadtteilbeirat fordert die sofortige Offenlegung der vorliegenden Gutachten, die zum Gebäude und seiner Substanz erarbeitet wurden und eine wirtschaftliche Unzumutbarkeit der Instandsetzung des Gebäudes festgestellt haben sollen.
3. Sollte es zu einem Abriss des genannten Gebäudes kommen, wird das Bezirksamt Hamburg-Mitte aufgefordert, den Eigentümer zu verpflichten, rechtzeitig Ersatzwohnraum zu bieten und im Neubau einen Wiedereinzug zu vergleichbaren Mietpreisen zu garantieren.
4. Der Stadtteilbeirat fordert zudem die Prüfung, dass die Stadt Hamburg das betreffende Gebäude günstig erwirbt, um es anschließend zu sanieren und ggfs. Sozialwohnungen daraus zu machen.

Veranstaltung der Bürgerschaftsfraktion

Wem gehört die Stadt? Architektur und Obdachlosigkeit

Metallbügel und Zacken auf Sitzbänken, Blumenkübel und Sprinkleranlagen: In Hamburg gibt es viele Beispiele dafür, wie **obdachlose Menschen mit architektonischen Mitteln aus dem öffentlichen Raum verdrängt** werden sollen.

Doch das eigentliche Problem – das Fehlen sozialer und sicherer Räume für diese Personengruppen – wird dadurch nicht gelöst. Denn diejenigen, die durch feindliches Design aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden, **ver-**

schwinden nicht, sondern wechseln nur den Ort.

Die Ausstellung „Who's next? Obdachlosigkeit, Architektur und die Stadt“ im Museum für Kunst und Gewerbe zeigt zahlreiche Beispiele, **wie der öffentliche Raum inklusiv gestaltet werden kann** und präsentiert architektonische Lösungen, die das Leben Betroffener besser machen könnten.

Gemeinsam mit dem Straßensozialarbeiter **Johan Graßhoff** und der Bürgerschaftsabgeordneten **Stephanie Rose** wollen wir durch die Ausstellung führen und den Fragen nachgehen: Wem gehört die Stadt? Wie kann öffentlicher Raum so gestaltet werden, dass sich alle willkommen fühlen? **Wie kann Obdach- und Wohnungslosigkeit überwunden werden und welchen Beitrag kann dabei die Architektur leisten?**

Veranstaltung der Bürgerschaftsfraktion mit Martina Renner und Deniz Celik

Keine Einzelfälle:

Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden.

Immer wieder werden extrem **rechte Vorfälle in Sicherheitsbehörden** und der Bundeswehr bekannt oder auch rechte Netzwerke, an denen Soldaten und Polizisten beteiligt sind. Im Dezember durchsuchten Tausende Polizisten bundesweit Objekte, um gegen Reichsbürger vorzugehen, auch hier waren unter den Durchsuchten unter anderem Soldaten, eine Richterin und Polizisten.

Es braucht dringend konsequente Strafverfolgung und harte disziplinarische Schritte. Die Ermittlungsbehörden müssen außerdem die verzweigten Netzwerke und Beziehungen zu Gruppen wie

Wegen der begrenzten Platzzahl wird bis zum 08.02.23 **um Anmeldung gebeten** unter: veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de

Sonnabend, 11. Februar 2023 um 11:00 Uhr
Treffpunkt wird nach der Anmeldung bekannt gegeben.

Nordkreuz oder NSU2.0 aufklären. Es gibt in Deutschland eine militante, bewaffnete und international vernetzte rechte Szene, von der Bedrohung und Gewalt ausgeht.

Das reflexhafte Gerede von ‚Einzeltätern‘ ist dabei Teil des Problems, welches die Aufklärung von Netzwerken und Unterstützungsstrukturen erschwert. Podiumsdiskussion mit **Martina Renner** (Sprecherin für antifaschistische Politik, Bundestagsfraktion DIE LINKE) und **Deniz Celik** (innenpolitischer Sprecher, Linksfraktion Hamburg)

Donnerstag, 2. Februar 2023 um 19:00 Uhr
Haus des Sports | Schäferkampsallee 1

Billstedter Hauptstraße einspurig durch Radwege auf Fahrbahnen

Seit dem 15.12.2022 nimmt nun das Unheil direkt bei mir vor der Haustür durch den rot-grünen Senat und - vielen Dank - in erster Linie Bündnis 90/Die Grünen seinen Lauf. Ihr zerstört hiermit die Verkehrsinfrastruktur unserer einst schönen Stadt Hamburg. Es waren dort Radwege vorhanden, die nur rechtzeitig und zudem auch regelmäßig instand gesetzt und gleichzeitig gepflegt hätten werden müssen. Aber wenn man seit den 1990er-Jahren im Bezirk Hamburg-Mitte die kommunalen Bauhöfe abschafft und kein Personal mehr einstellt und die dazugehörigen Planstellen auflöst, war es ja nur noch eine Frage der Zeit bis 2022. Merkt Ihr eigentlich noch irgendetwas? Sagt mal geht es noch?

Dieser Verkehrsweg stellt einen Hauptverbindungsweg dar und gehört vierspurig und nicht zweispurig. Zudem wurden ja auch im Bereich der Billstedter Hauptstr./Steinbeker Hauptstraße Parkstreifen für einen auf der Straße verlaufenden Radweg weggenommen. Dazu muss man nun echt nichts mehr sagen. Die Einrichtung und der Umbau des o.g. Abschnittes wurde in Form eines rechtswidrigen und unverhältnismäßigen Verwaltungsakts aus § 35 VwVfG i.V.m. § 40

VwVfG durch Ermessensfehler in Form von den §§ 2, 41, 42, StVO (Zeichen 237, 240 und 241) umgesetzt und gefährdet nun Art.2 II S1 GG das Leben und die körperliche Unversehrtheit von RadfahrerInnen. Waren diese einst noch durch Radwege auf dem Gehweg geschützt, so sind diese jetzt mehr Gefahren ausgesetzt. Beispielsweise könnten RadfahrerInnen durch schlingernde und alkoholisierte und unter Drogen stehende FahrzeuglenkerInnen gefährdet und getötet werden. Während dort einst parkenden Autos so etwas verhindert hätten, ist dieser Schutz nun nicht mehr gegeben. Durch die Parkraumzonen finden nun etliche Fahrzeuge keinerlei Parkraum mehr. Es findet so eine Verdrängung statt. Rot-Grün weiß eben alles besser.

Atomkraft Nein Danke - mein Strom kommt ja aus der Steckdose. Ich habe Geld durch in der Vergangenheit entrichtete Steuern investiert und verlange dafür vierspurige Straßen. Es fahren tagtäglich auf sämtlichen Straßen Fahrzeuge und es kann nicht sein, dass nun immer mehr Hauptverbindungswege zweispurig zurückgebaut werden. Das stellt eine schikanöse Verkehrswende dar. Aus § 226 BGB leitet sich hierbei ein Schikane-

verbot ab. Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen aus § 226 BGB i.V.m. § 839 BGB und Art.34 GG. Der 2022 von zwei Spuren auf eine Spur durchgeführte Rückbau der Billstedter Hauptstraße stellt eine Schikane gegen FahrzeughalterInnen dar, die nun keinerlei Parkraum mehr vorfinden können. Demnach sind betroffene FahrzeughalterInnen nun

öfters gezwungen unfreiwillig im Halteverbot zu parken und finden keinerlei Parkstreifen mehr dort vor. Bei Erlass von Verwaltungsakten aus § 35 VwVfG unterliegt die Freie und Hansestadt dem Schikane und Willkürverbot aus Art.20 III GG i.V.m Art.1 III GG. Aber dies interessiert ja alles nicht.

Roberto Perez-Hagen

Aufhebung der Sperrung der Straße Alsterufer nach dem Umzug des US-Konsulats in die Hafencity

Die seit 2001 - aufgrund der damals stattgefundenen Flugzeug-Terroranschläge vom 11. September in New York durch die Terroristen von Al Qaida - eingerichtete Sperrung des Alsterufers, welches einst ein regulärer Verbindungsweg und ein Teil von Hamburgs Straßen war, gehört 2023 nun aufgehoben und die Straße wieder für den gesamten Verkehr freigegeben. Der Schutzzweck des US-Konsulats ist nun an diesem Ort nicht mehr gegeben Diese Sperrung erfolgte 2001 aufgrund § 3 SOG der Generalklausel des hamburgischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes als eine daraus abgeleitete Befugnis.

Dieses ganze schlimme Ereignis, wodurch 2001 viele Menschen ihr Leben verloren, nun politisch durch den rot-grünen Senat zu einer Klima-Debatte zu nutzen ist so etwas von daneben, wie man sich nicht vorstellen kann.

Durch das Fehlen dieses Weges gibt es mehr Staus auf den übrigen angrenzenden Verbindungsstraßen. Es sollte hierzu eine Arbeitsgruppe gegründet werden innerhalb der Linken im Bezirk Mitte, die derartiges politisch und rechtlich untersucht sowie nach Lösungen sucht bzw. diese erarbeitet. Von daher frage ich die Leser des MM, wer Zeit und Interesse hätte, eine solche Arbeitsgruppe mitzugründen und in einer solchen auch mitzuarbeiten und mitzuwirken? Der Themenbereich von Verkehr, Stadtentwicklung, Umweltschutz, Klimaschutz und Recht, ist themenübergreifend und würde zudem auch eine Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen, Ausschüssen, Gremien innerhalb der Politik erfordern. Es sollte nun endlich einmal damit begonnen werden eine solche ARGE zu gründen

und ein ARGE-Papier geschrieben werden mit den Zielen, Vorschlägen, Projekten uvm.

Meine Textbeiträge werde ich weiterhin schreiben, nur eben, dass diese immer schärfer formuliert werden und ich kundgebe, dass hier etwas nicht in Ordnung ist und zudem unrund läuft. Denn das was da seit vielen Jahren politisch nicht korrekt abläuft, gehört auf den Prüfstand einer ARGE. Es kann und darf einfach nicht angehen, dass der motorisierte Verkehr ständig der Sündenbock ist. Es müssen alle gleich behandelt werden aus Art.3 I GG dem Gleichheitsgrundsatz. Fußgänger- und RadfahrerInnen und der motorisierte Verkehr benutzen alle gleichberechtigt den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum. Wir von der Linken sind nicht die Grünen und unsere Auffassung aus dem demokratischen Sozialismus, stellt die Verkehrsräume allen zur Verfügung.

Befugnis ist das einer Rolle zugeordnete Recht aus § 3 SOG, um hieraus eine bestimmte Entscheidung zu treffen (z.B. Sperrung einer Straße vor dem US-Konsulat) innerhalb der Gefahrenabwehr, einer anderen Gruppe eine bestimmte Anweisung zu erteilen (z.B. Umwege zuweisen), um hier eine bestimmte Gruppe von Menschen zu schützen. Auch diese Sperrung hier leitet sich aus einem von 2001 erlassenen Verwaltungsakt aus § 35 VwVfG ab. Der Erlass eines solchen VA bedarf einer Begründung, wie dem Schutz des Lebens. Die derzeitige Sperrung des Alsterufers ist nicht mehr ausreichend begründet. Denn durch hierdurch zu fahrende Umwege wird das Weltklima auch nicht gerade besser.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 07.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 09.02., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 09.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Montag, 13.02., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 16.02., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Donnerstag, 16.02., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Februar 2023

Dienstag, 07.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 09.03., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 09.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Mittwoch, 15.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 23.03., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
Mittwoch, 08. + 22.02., 10 – 12 Uhr,
in der Geschäftsstelle, Burchardstraße 21, IV
Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX